

Antrag: **23. Gleichstellung als tarifpolitisches Ziel und konkrete Aufgabe**

AntragstellerIn: DGB-Landesfrauenausschuß Bayern

Antragstext	Empfehlung der Antragsberatungskommission:
<p>Die 14. Bundesfrauenkonferenz des DGB fordert den DGB-Bundesvorstand auf,</p> <ol style="list-style-type: none">1. Gleichstellung nicht nur als tarifpolitisches Ziel anzuerkennen, sondern darüber hinaus, bei den Mitgliedsgewerkschaften darauf hinzuwirken, daß dieses Ziel auch durch konkrete Analysen und Tarifpolitik umgesetzt wird,2. den "Leitfaden zur Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleichwertiger Arbeit" der Europäischen Kommission an alle Tarifkommissionen zu verteilen,3. einmal im Jahr im DGB-Bundesvorstand eine Bilanz der Erfolge einer gleichstellungsorientierten Tarifpolitik vorzulegen und über Maßnahmen zu beraten, diese weiter zu entwickeln,4. beim Bundesvorstand eine breite öffentliche Kampagne gegen die Diskriminierung von Frauen in der Arbeitswelt, insbesondere gegen die Entgelt-diskriminierung von Frauen und die Folgen für die spätere Alterssicherung zu beantragen und5. das WSI zu beauftragen, in der Reihe "Informationen zur Tarifpolitik - Elemente qualitativer Tarifpolitik" einmal jährlich tarifpolitische Konzepte, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen zu analysieren bzw. darzustellen, die sich um eine Beseitigung direkter und indirekter Diskriminierung von Frauen bei der Entlohnung und anderen Leistungen bemühen . <p>Begründung:</p> <p>Es wird nach über 100 Jahren Zeit, daß die anhaltende Lohndiskriminierung der Frauen - die noch immer durchschnittlich 30 % weniger als ihre männlichen Kollegen verdienen - endlich als Skandal empfunden wird und ernsthafte Schritte zu seiner Beseitigung unternommen werden.</p>	<p>Annahme</p> <p><i>angenommen</i></p> <p>Für den Vorschlag: _____ Gegen den Vorschlag: _____ Enthaltungen: _____</p>

VOM:

14. DGB-Bundesfrauenkonferenz vom 6. bis 8. November 1997 in Magdeburg

Antrag: **24. Kampagne zur Aufwertung von Frauentätigkeiten und zu gleichstellungsorientierter Tarifpolitik**

AntragstellerIn: DGB-Landesfrauenausschuß Bayern

Antragstext	Empfehlung der Antragsberatungskommission:
<p>Die 14. Bundesfrauenkonferenz des DGB fordert den DGB-Bundesvorstand auf, für die Jahre 1999 bis 2001 eine Kampagne zur Aufwertung von Frauentätigkeiten und gleichstellungsorientierter Tarifpolitik vorzubereiten und durchzuführen.</p> <p>Die Kampagne muß unter anderem</p> <ul style="list-style-type: none">- Bewußtsein schaffen gegen die - auch in den eigenen Reihen - immer noch wirksame Ideologie, Frauen als Zuverdienerinnen und Männer als Familienernährer einzustufen, wie sie sich z. B. in der Tarifpolitik oder in der betrieblichen Eingruppierungspraxis wiederfindet;- Eckpunkte setzen gegen die verschärften Lohnsenkungsstrategien der Arbeitgeber wie "Öffnungsklauseln", "Einstiegsgruppen" für Langzeitarbeitslose oder Einführung neuer Tarifgruppen unterhalb des bisherigen Tarifniveaus;- Strategien entwickeln gegen das Abdrängen von Frauen in ungewollte Teilzeitarbeit und ungeschützte Arbeitsverhältnisse. <p>Dazu ist es wichtig, daß z. B.</p> <ul style="list-style-type: none">- die in den verschiedenen Gewerkschaften (z. B. ÖTV, HBV, IGM) bereits entwickelten Methoden zur Aufwertungspolitik von und durch Frauen zusammenzutragen und weitere Vorschläge zu entwickeln;- im Rahmen der Aufwertungspolitik einerseits für Frauen Workshops, Foren, Fachtagungen u. a. auf allen Ebenen des DGB zu initiieren und Initiativen der Einzelgewerkschaften zu koordinieren;- andererseits gemischte Foren (Frauenausschüsse und für Tarifpolitik Verantwortliche) auf Landes- und Bundesebene zu organisieren, um gleichstellungsorientierte Handlungsansätze in die Tarifpolitik zu verankern;- Vorschläge zu entwickeln, wie gleichstellungsorientierte Tarif- und Betriebspolitik in gewerkschaftlichen Bildungsmaßnahmen (BR/PR-Schulungen, Ausbildung von Tarifkommissionsmitgliedern etc.) integriert werden können; <p>Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, die Kampagne gemeinsam mit dem DGB-Bundesfrauenausschuß, der Abteilung Frauenpolitik im Bundesvorstand sowie den Tarifexpertinnen der Einzelgewerkschaften zu entwickeln und sich darüber hinaus professionelle Begleitung zu sichern. Eine wissenschaftliche und dokumentarische Begleitung wäre zu begrüßen.</p> <p>Über das Fortschreiten der Kampagne wird regelmäßig im Bundesvorstand und in den Landesvorständen gemeinsam mit den Frauenausschüssen auf den jeweiligen Ebenen berichtet und beraten.</p>	<p>Material zu Antrag 23</p>